

LEITARTIKEL



Zur Bundeswehrreform
Von Frank Lindscheid

Auf Kante genäh

Nach monatelangen Spekulationen und politischem Gezerre hinter den Kulissen liegen die Fakten jetzt auf dem Tisch. Leider bleibt festzuhalten: Schleswig-Holstein ist der große Verlierer der Standort-Reform. Es genügt ein bisschen Statistik, um deutlich zu machen, dass das schwarz-gelbe Bundeswehr-Monopoly zu regionalen Unwuchten geführt hat: Das nördlichste Bundesland, zuvor Spitzenreiter beim Verhältnis von Bundeswehr-Angehörigen zur Bevölkerung, ist auf Platz zwei hinter Mecklenburg-Vorpommern abgesackt. Das Land verliert exakt 41 Prozent der Dienstposten – immerhin deutliche zehn Prozent über dem Bundeschnitt. Die gute Botschaft: Einige Standorte haben eine gute Perspektive, zum Beispiel Jagel. Die schlechte: Auch in Standorten, die nicht geschlossen werden, sind die Einbußen zum Teil dramatisch. Wirtschaftlich ist die Planung ein Schlag ins Kontor für den Norden, politisch eine Schlappe für die Landesregierung. Ihr Einfluss hat offenbar nicht gereicht, Schlimmeres zu verhindern. Jetzt sind klare Konzepte gefragt, um den Verlust an Wirtschaftskraft in den betroffenen Regionen auszugleichen. Keine einfache Aufgabe. Länder wie Baden-Württemberg oder Bayern, die ebenfalls überproportional betroffen sind, können die Ausdünnung in jedem Fall besser abfedern.

Die Bundeswehr nimmt unter der Führung von Verteidigungsminister Thomas de Maizière ein gutes Stück Abschied vom Norden. Das ist unvermeidlich, wenn eine Armee um ein Drittel reduziert wird. Gleichwohl muss die Frage erlaubt sein, ob der Minister sich immer an die eigenen Kriterien gehalten hat: Als obersten Maßstab hat der nüchterne Christdemokrat „Funktionalität“ ausgerufen. Dazu ein Beispiel: Macht es Sinn, einen Hafen, den die Marine abgeschrieben hatte, für künftig fünf Korvetten weiter zu betreiben? Aber eines zieht das andere nach sich: Weil der Verteidigungsminister aus regional- und strukturpolitischen Gründen das neue Marinekommando nach Rostock verlagern wollte, braucht man auch ein paar schwimmende Einheiten vor Ort. Kiel zog den Kürzeren und hat zudem starke Einbußen bei anderen Einrichtungen zu verschmerzen. „Natürlich“ wird dabei keine Rolle gespielt haben, dass die Kanzlerin ihren Wahlkreis im Nachbarland hat. Es gibt ähnliche Beispiele aus anderen Bundesländern. Bleibt festzuhalten: Als rein „funktional“ kann man eine solche Stationierungspolitik kaum etikettieren. Das trübt das Bild einer Strukturreform, die im Kern ordentliche Noten verdient hat.

Denn es war keine einfache Mission, die Angela Merkel als Zweck-Mann im März dieses Jahres von seinem glamourösen Vorgänger Karl-Theodor zu Guttenberg übernommen hat. Das Chaos auf der Großbaustelle Bundeswehr war nicht zu übersehen – ganz im Widerspruch zu den medialen Inszenierungen des Barons. Unrealistische Zeitvorgaben und Sparziele, fehlende Planung, so lautete die Diagnose. Dazu kam eine konzeptlose Wehrpflicht-Aussetzung im Hauruck-Verfahren. Der besonnene Administrator de Maizière war in dieser Situation ein Glücksfall. Klar ist aber auch: Die historische Umstellung auf eine Profi-Armee geht nicht mit einer strikten Sparpolitik zusammen. De Maizière hat sich Luft verschafft, aber die Finanzierung ist immer noch alles andere als zukunftsfest. Die neue Bundeswehr ist auf Kante genäh. Die Bundesregierung wird nachbessern müssen.

Auch deshalb gilt: Das noch härtere Stück Arbeit liegt in der Umsetzung des Konzepts. Dass er sie bewältigt, ist dem Guttenberg-Nachfolger durchaus zuzutrauen. De Maizière hat eine im Ansatz verkorkte Reform vom Kopf auf die Stiefel gestellt – ruhig, unspektakulär, aber höchst effizient und zielorientiert. Dafür gebührt ihm Respekt. Aber: Die Unstimmigkeiten bei der Standort-Planung können im Norden niemanden freuen.

Den Autor erreichen Sie:
kommentare@kieler-nachrichten.de
oder Telefon: 0431 / 903 2810



Monatelang haben Bürgermeister und Ministerpräsidenten um ihre Standorte gezittert, jetzt herrscht Klarheit. Am härtesten trifft der Umbau der Bundeswehr Schleswig-Holstein, Bayern und das Saarland. Fotos dapp

Jetzt geht's erst richtig los

Berlin. Verteidigungsminister Thomas de Maizière hat die Fehler seines Amtsvorgängers korrigiert. Aber vor dem Minister liegt noch schweres Gelände

Von Frank Lindscheid

Als er im März eine der kniffligsten politischen Aufgaben der Legislatur von seinem glamourösen Vorgänger Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) übernahm, wusste Thomas de Maizière, was auf ihn zukam. Die Neuausrichtung der Bundeswehr verglich der neue Verteidigungsminister mit einer „Operation am offenen Herzen, während der Patient auf der Straße spazieren geht“. Die heikelste Phase der OP dauerte am Dienstag bis weit nach Mitternacht: Der Minister traf am späten Abend letzte Entscheidungen im kleinen Kreis – und nahm sich anschließend noch Zeit für über zwei Dutzend Telefonate mit Ministerpräsidenten und Oppositionspolitikern, um sein Konzept zu erläutern. Es ging um Hubschrauber, Fallschirmjäger und Marine-Stützpunkte – ein zäher Poker, der erst in letzter Minute endete. Er habe „Freude und Enttäuschung ausgetauscht“, verriet de Maizière – unter anderem auch mit Schleswig-Holsteins Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen, dessen Land schmerzhaft Einschnitte zu verkraften hat.

Warum wird im Norden überproportional abgebaut? Polit-Profi de Maizière ist um eine Erklärung



Entschied Dienstagabend letzte Details und telefonierte bis in die Nacht mit den Ministerpräsidenten: Thomas de Maizière.

nicht verlegen. Schleswig-Holstein habe durch seine „Küstenlage im Kalten Krieg“ traditionell die höchste Bundeswehr-Dichte gehabt, kontert der 57-Jährige. Das ist Geschichte. Dennoch gebe es auch „eine Reihe von Entscheidungen, die auch für die Zukunft Schleswig-Holsteins wichtig sind“, beschwichtigt der Minister. Im Fall der Spezialpioniere in Husum habe er für den Norden entschieden, Eutin bliebe erhalten, Jagel sei Standort mit Perspektive. Der Manager der Bundeswehr-Reform kalkuliert nüchtern. Funktionalität, Attraktivität und Präsenz in der Fläche nennt der Verteidigungsminister als Hauptkriterien. Dass nicht immer die reine militärische Lehre zählt, sondern auch wirtschaftliche Erwägungen eine Rolle spielen, räumt er unumwunden ein. „In

Köln, Koblenz oder Kiel ist ein Abschmelzen vielleicht nicht ganz so gewichtig wie in strukturschwachen Gebieten.“

Für seine Arbeit gab es am Tag der Verkündung reichlich Lob aus den eigenen Reihen. Guttenberg hatte ein „weitgehend bestelltes Haus“ versprochen, stattdessen fand sein Nachfolger viele angefangene Baustellen vor. „Er hat die Suppe ausgelöffelt, die Guttenberg eingebrockt hat“, sagt der verteidigungspolitische Sprecher der Union, Ernst-Reinhard Beck. Ein anderer Christdemokrat preist das „brillante Management“. Das Prädikat „historisch“, das Baron zu Guttenberg seinen Reformplänen gern anheftete, verwendet de Maizière ganz bewusst nicht. Selbstvermarktung auf plakative Weise ist ihm fremd.

Dafür brachte der Kanzlerinnen-Vertraute jede Menge Erfahrung im Umgang mit Apparaten mit – als ehemaliger sächsischer Finanz-

und Innenminister, später als Kanzleramtschef und Bundesinnenminister. Akribisch, ergebnisorientiert und sachlich im Ton, so beschreiben Vertraute den obersten Befehlshaber. Seine unauffällige Professionalität erkennen auch Oppositionspolitiker an. Gleichwohl sehen sie Ungleichgewichte und Schwachstellen im Gesamtwerk. „Die Bundeswehr hat weniger Geld und Personal, soll aber gleichzeitig mehr Aufgaben wahrnehmen“, kritisiert Rainer Arnold, der verteidigungspolitische Sprecher der SPD. Der Sozialdemokrat vermisst auch eigene Schwerpunkte, zum Beispiel eine stärkere europäische Ausrichtung der deutschen Streitkräfte. „Er hat umgesetzt, was Guttenberg vorgegeben hat. Aber er hat keine eigenen Akzente gesetzt.“ Den Mann, der die Bundeswehr umkrempelt, lässt diese Kritik kalt. „Jede Standortschließung ist schmerzhaft. Dennoch ist der Schritt, den ich heute gehe, unvermeidlich.“ Es liegen noch viele Schritte vor dem Minister. Der Umbau soll zum großen Teil bis 2017 umgesetzt sein – ein ehrgeiziges Ziel. „Das Papier“, sagt ein verteidigungspolitiker der Koalition über die 136 Seiten zur Stationierung, „ist nur zehn Prozent der Gesamtarbeit.“

Carstensen: Das ist schwer zu verkraften

Von Bodo Stade

Kiel. Auf diesen Anruf hatte Peter Harry Carstensen in seinem Büro in der Staatskanzlei bis in die Nacht gewartet. Es war 22.30 Uhr, als sich der Verteidigungsminister dann endlich meldete, um den Regierungschef über seine Pläne zu informieren und ihm die Schließung von acht Standorten mitzuteilen. „Das ist bitter und schwer zu verkraften“, kommentierte der Ministerpräsident die Hiobsbotschaft gestern. Schleswig-Holstein stehe nun vor gewaltigen Veränderungen. „Tausende von Familien mit ihren Nachbarn, Unternehmen und auch Gemeinden erwarten von der Landesregierung, dass sie hilft, den Strukturwandel zu bewältigen.“

„Die Landesregierung wird die Betroffenen nicht allein lassen“,

versprach Carstensen. Am kommenden Dienstag werde das Kabinett einen „Aktionsplan Konversion“ beraten, der von Wirtschaftsminister Jost de Jager erarbeitet wurde. Unter anderem ist vorgesehen, Konversionsprojekte weiterhin mit einer Förderquote von 70 Prozent zu unterstützen. Auch der Bund soll in die Pflicht genommen werden. Für die heute beginnende Ministerpräsidentenkonferenz in Lübeck liege ein entsprechender Beschlussvorschlag vor. Berlin wird darin aufgefordert, ein Konversionsprogramm aufzulegen. Geht es nach Carstensen, soll der Bund die Sanierung der Altlasten übernehmen und Bundeswehr-Liegenschaften kostengünstig an die Kommunen abgeben.

Kritik an der Entscheidung de Maizières übte Carstensen indes nicht. „Wir mussten damit rech-



„... Ham wa nich!“

nen, dass Schleswig-Holstein aufgrund seiner hohen Stationierungsdichte hart getroffen wird.“ Er könne dem Verteidigungsminister auch nicht absprechen, dass in seiner Reform eine „gewisse Logik“ stecke. Positiv vermerkte Carstensen, dass es gelungen sei, Standorte wie Husum, Heide, Jagel, Eckernförde, Plön, Appen und Eutin zu halten. „Es ist gut, dass Kräfte in Schleswig-Holstein bleiben, die für den Katastrophenschutz gebraucht werden. Unsere Argumente sind in Berlin gehört und berücksichtigt worden.“

Der SPD-Abgeordnete Kai Dolgner sah das anders. Schleswig-Holstein sei der „große Verlie-

rer“. Es habe sich wieder einmal gezeigt, dass die Landesregierung keinerlei Einfluss in Berlin habe. Grünen-Fraktionschef Robert Habeck bezeichnete die Reform dagegen als „wichtig und unausweichlich“. Standortschließungen könnten die Grünen deshalb „nicht grundsätzlich ablehnen“. Auch SSW-Fraktionschefin Anke Spoorendonk zeigte Verständnis. Der Bund dürfe aber nicht auch noch versuchen, sich mit den verlassenen Kasernen „eine goldene Nase zu verdienen“. Die FDP-Abgeordnete Katharina Loedige forderte, dass Bundeswehr-Liegenschaften im Außenbereich künftig auch zivil genutzt werden dürfen.